

Mainz, 04.10.2016

Antrag 1389/2016/1 zur Sitzung Stadtrat am 04.10.2016

**Änderungsantrag zu gem. Antrag: Taubertsbergbad - Weiterbetrieb sichern (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Punkt 2 wird ersetzt durch:

2. Um langfristig den Bestand des Taubertsbergbades zu sichern und der Verpflichtung der Stadt gerecht zu werden, den Badebetrieb dauerhaft und sozialverträglich aufrecht zu erhalten, soll die Stadtverwaltung vorrangig einen Weiterbetrieb in kommunaler oder zumindest stadtnaher Hand prüfen. Sofern diese Prüfung ohne positives Ergebnis verläuft, soll die Übernahme des Betriebs durch einen Verein nach dem Beispiel des Betreibermodells zum Mombacher Schwimmbad geprüft werden. Die Suche nach einem rein privaten Betreiber soll Ultima Ratio sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Taubertsbergbades sollen weiterbeschäftigt werden.

**Begründung:**

Unter den demokratischen Fraktionen des Stadtrates herrscht Einigkeit, dass das Taubertsbergbad dauerhaft und nachhaltig für die Mainzerinnen und Mainzer erhalten werden muss. Der ÖPP-Versuch zwischen der Stadt Mainz und dem Unternehmer Deyle ist nicht erfolgreich und sehr unerfreulich verlaufen. Obwohl der ehemalige Betreiber durch die Zahlung von Zuschüssen das Bad unter äußerst günstigen Voraussetzungen betreiben konnte, bleibt die Stadt nun voraussichtlich auf Reparatur-, Sanierungs- und Modernisierungskosten sitzen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht eine ungewisse Zukunft bevor. Der sicherste und nachhaltigste Weg ein so wichtiges Element der öffentlichen Daseinsvorsorge wie ein Stadtbad zu erhalten, ist die Trägerschaft in kommunaler oder stadtnaher Hand. Nur so kann die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern garantieren, dass der Badebetrieb verantwortlich und zuverlässig organisiert wird, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu guten und stabilen Arbeitsbedingungen beschäftigt werden und in vielen Jahren noch ein modernes Bad mit sozialverträglichen Preisen nahe der Mainzer Innenstadt bestehen wird. Einem privaten Betreiber kann eine solche Verantwortung nicht übertragen werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Claudius Moseler (Stadtratsfraktion ÖDP)  
Waltraud Hingst (Stadtratsfraktion Die Linke)